

Laibacher Zeitung.

121.

Dinstag am 29. Mai

1855.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 fr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 fr. — Inzerationsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 fr., für zweimalige 4 fr., für dreimalige 5 fr. C. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 fr. für 2 Mal und 40 fr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Geetze vom 6. November 1850 für Inzerationsämter“ noch 10 fr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Mai l. J. am Großwardeiner Domkapitel latini ritus zum Lektor den Kantor Franz Schwarzl, zum Kantor den Kustos Peter Molnár, zum Kustos den Cathedral-Grzdechant Michael Fogarassy, zum Cathedral-Grzdechante den Grzdechant von Befes Stefan Junák, zum Grzdechante von Befes den Grzdechant von Kraszua Franz Osvald, zum Grzdechante von Kraszua den Grzdechant von Mittel-Szolnok Emerich Körmöczy, endlich zum Grzdechante von Mittel-Szolnok den Domherrn Franz Grafen v. Haller allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat eine bei dem Landesgerichte zu Großwardein erledigte Landesgerichtsrathsstelle dem Hauptmann-Garnisonsauditor zu Zara, Andreas von Sándor, verliehen.

Der Justizminister hat die Prätores Anton Molinari in Codogno und Luigi Ballarini in Morbegno zu Rätthen des Landesgerichtes in Cremona, den Prätor in S. Fedele Ferdinand Uberti zum Rath des Landesgerichtes in Pavia, ferner den Prätor zweiter Klasse in St. Angelo Peter Peroni zum Prätor erster Klasse in Codogno und die Prätoradjunkten Johann Baptist Invernici in Codogno zum Prätor in S. Fedele und Dr. Anton Lunesi in Breno zum Prätor in Morbegno, dann den Landesgerichts-Adjunkten in Bergamo Josef Conti zum Prätor in St. Angelo ernannt.

Das Handelsministerium hat den Konzipisten der Zentral-Seebehörde, Dr. Ottokar Weingartner Eelen v. Münzberg, zum Sekretär, dann den Konzipisten der Betriebsdirektion der Staatsseisenbahnen zu Verona, Dr. Heinrich Kreißle Eelen von Hellborn, und den Konzeptspraktikanten der Statthalterei zu Triest, Dr. Sisinio de Pretis Cagnodo, zu Konzipisten der Zentral-Seebehörde ernannt.

Der Handelsminister hat den Rechtspraktikanten bei dem k. k. Bezirksamte in Gradiska, Heinrich Calice, zum k. k. Konsular-Cleven ernannt.

Die k. k. kaiserlich-illyrisch-küstenländische Finanz-Landes-Direktion hat die Kanzlei-Mittanten Maximilian Wiedenhofer und Eduard Zwatz zu prov. Amtsoffizialen für das Rechnungsfach bei den Kameral-Bezirks-Verwaltungen in Bruck und Klagenfurt ernannt.

Graz, 19. Mai 1855.

Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 18. Mai 1855, Zahl 783 F. M. V.,

wirksam für die ganze Monarchie, womit die im Verlage von Manz unter der Redaktion des k. k. Berg-rathes und Professors Otto Freiherrn v. Singenau erscheinende Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen als Central-Organ für das gesamte Bergwesen der Monarchie erklärt wird.

Um in der bei Manz unter der Redaktion des k. k. Berg-rathes und Professors Otto Freiherrn v. Singenau erscheinenden österreichischen Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen ein Central-Organ für das gesamte Bergwesen der Monarchie zu gründen, wird Nachstehendes verfügt:

S. 1. Die genannte Zeitschrift wird alle Gesetze, Verordnungen, amtlichen Kundmachungen und Mittheilungen, welche sich auf die Verwaltung des österreichischen Bergwesens beziehen, sogleich nach ihrem Erscheinen zur Kenntniß des bergmännischen Publikums bringen.

S. 2. Das Finanzministerium wird alle gemeinnützigen, anregenden oder belehrenden Vorschläge, Ver-

suche, Erfahrungen, Erfindungen, Verbesserungen, Betriebsergebnisse und statistischen Nachweisungen nebst sonstigen bemerkenswerthen Notizen aus dem Bereiche der Montanverwaltung durch das Organ dieser Zeitschrift veröffentlichen.

S. 3. Alle Montanbehörden und montanistischen Lehranstalten werden angewiesen, durch ähnliche Mittheilungen aus dem Kreise ihrer Berufsthätigkeit dahin zu wirken, daß sich in dem Inhalte dieser Zeitschrift die Bestrebungen und Fortschritte des österreichischen Bergwesens nach allen Richtungen getreu und vollständig abspiegeln und nach Außen würdig vertreten werden.

S. 4. Den montanistischen Lehranstalten und Montanbehörden liegt es ob, den wissenschaftlichen Sinn der angehenden und wirklichen Bergbeamten, vorzugsweise der höher befähigten, zu wecken, wissenschaftliche Beschäftigungen derselben anzuregen und zu fördern und die Einsendung ihrer Leistungen auf diesem Gebiete an die Redaktion der österreichischen Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen mit der Aufmunterung zu veranlassen, daß sich dadurch die auf gediegener wissenschaftlicher Bildung beruhende praktische Tüchtigkeit am schnellsten und angemessensten höhere Anerkennung verschaffen werde.

S. 5. Die Berghauptmannschaften haben es sich insbesondere angelegen sein zu lassen, in der mehrgedachten Zeitschrift den Verkehrsmittelpunkt zu gründen, in welchem die mannigfaltigen Bedürfnisse und Interessen des Bergbaues ihren Ausdruck, ihren Austausch und ihre Abklärung finden und von wo aus die zerstreuten Glieder einer und derselben Bergbau-Unternehmung, so wie selbstständige aber verwandte Bergbaugewerbe unter sich, dann mit ihren Verwaltungsorganen, endlich mit den Bergbehörden in fortbauender Verbindung erhalten werden.

S. 6. Nebst der Mittheilung wichtiger Gewerbetags-Verhandlungen und Beschlüsse, Revierseinrichtungen und Anstalten haben die Berghauptmannschaften überdieß regelmäßig wiederkehrende Berichte über Preise der Ruxe und Bergwerksprodukte, über Ausdehnung, Betriebsverhältnisse und sonstige bemerkenswerthe Zustände der in ihrem Bezirke befindlichen Bergbaue durch diese Zeitschrift zu veröffentlichen.

S. 7. Endlich haben die Berghauptmannschaften von allen Aufforderungen, Vorladungen und Kundmachungen, welche von ihnen durch die dazu bestimmten öffentlichen Blätter erlassen werden, zugleich die Einschaltung in die österreichische Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen zu veranlassen.

Nichtamtlicher Theil.

Protokolle der Wiener Konferenzen.

(Fortsetzung.)

Protokoll Nr. X.

Wien, 17. April 1855.

Anwesend: Für Oesterreich, Herr Graf Buol-Schauenstein u. u. und Herr Freiherr v. Prokesch-Osten u. u. Für Frankreich, Herr Baron Bourqueney u. u. Für Großbritannien, Lord John Russell u. u. und Herr Graf v. Westmoreland u. u. Für Rußland, Herr Fürst v. Gortschakoff u. u. und Herr v. Titoff u. u. Für die Tür'ei, Ali Pascha und Arif Efendi u. u.

Nach Verlesung und Unterzeichnung des Protokolls vom 9. I. M. theilte Graf v. Buol mit, daß Fürst Gortschakoff ihn von dem Eintreffen der Antwort des russischen Hofes auf den Rechenschaftsbericht seiner Bevollmächtigten in Kenntniß gesetzt habe.

Fürst Gortschakoff erklärte, daß sein Hof, obwohl er den Absichten, welche den Mitgliedern der Konferenz den Gedanken eingegeben hätten, dem Kabinett von St. Petersburg die Initiative der Vorschläge bezüglich der Entwicklung des dritten Prinzips zu überlassen, volle Würdigung widerfahren lasse, sich

doch nicht berufen fühle, von der ihm angebotenen Initiative Gebrauch zu machen, daß er jedoch seine Bevollmächtigten in Uebereinstimmung mit dem, was er bereits in der Zusammenkunft vom 7. Jänner erklärt, autorisirt habe, sehr ernstlich und in der aufrichtigen Absicht zu einem Einverständnis zu gelangen, auf die Prüfung der vorgeschlagenen Mittel einzugehen, vorausgesetzt, daß diese nicht der Art seien, einen Angriff gegen die Souveränitätsrechte des Kaisers von Rußland im eigenen Lande zu führen, daß er endlich für seinen Theil der Art bestimme, in welcher Lord John Russell die Frage gestellt hat, als er in der Konferenz vom 26. März erklärte, die besten und allein zulässigen Friedensbedingungen seien jene, welche der Ehre Rußlands am meisten entsprächen, und gleichzeitig für die Sicherheit Europa's und zur Verhinderung der Wiederkehr der gegenwärtigen Verwicklungen hinreichend seien.

Herr Drouin de Lhuys drückt sein tiefes Bedauern aus, daß er nach 18tägiger Frist sehe, wie den Urhebern des Vorschlages die Initiative, welche sie Rußland in einer Konferenz, der er nicht beizuwohnte, übertragen hatten, wieder zurückgeschickt werde. Sein Bedauern ist um so aufrichtiger, als die Verbündeten in Erwartung eines ganz entgegengegesetzten Resultats zur alsogleichen Formulirung ihrer Vorschläge nicht vorbereitet seien. Er meint daher, die Verbündeten sollten sofort zusammentreten, um sich über diesen Gegenstand zu vereinigen. Die Wichtigkeit des vom Fürsten Gortschakoff gemachten Vorschlages veranlaßt ihn, weitere Erklärungen über den daran geknüpften Sinn von ihm zu verlangen. Er stellt ihm die Frage, ob Rußland seine Souveränitätsrechte als verletzt betrachten würde, wenn es sich die Freiheit entziehe, im schwarzen Meere eine unbeschränkte Zahl von Kriegsfahrzeugen zu erbauen?

Fürst Gortschakoff antwortet, daß Rußland nicht einwilligen wird, dem Stand seiner Marine durch einen Vertrag, oder in einer andern Weise irgend eine Ziffer vorzuschreiben.

Indem er sich übrigens dem Bedauern anschließt, welches Herr Drouin de Lhuys über die in die Unterhandlungen gebrachten Verzögerungen ausdrückt, erklärte er dieselbe aus den Entfernungen und fügt hinzu, daß die Bevollmächtigten Rußlands seit dem 26. März bereit gewesen seien, die Diskussion zu beginnen, und daß sie nur deshalb etwas unternommen hätten, vorerst ihrem Hofe darüber zu reserviren, weil sie den einmüthigen, ihnen in dieser Hinsicht geäußerten Wünschen nachgegeben hätten.

Was die Nothwendigkeit betreffe, nach der Ansicht des Herrn Drouin de Lhuys ein vorläufiges Einverständnis zwischen den Verbündeten herzustellen, ehe man Vorschläge machen könne, so findet er darin einen Widerspruch mit dem in den vorbereitenden Sitzungen in den Monaten Dezember und Jänner aufgestellten Prinzipie, daß nämlich Jeder individuell seine volle Freiheit der Auslegung bezüglich der Entwicklung der vier Grundlagen der Unterhandlung behalten solle.

Indem Baron v. Bourqueney sich dem vom Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs ausgedrückten Bedauern anschließt, hebt er in Beantwortung der letzten Bemerkung des Fürsten Gortschakoff hervor, daß die Mitglieder der Konferenz das Recht haben, unter sich zu berathen, so wie sie die Protokolle unterzeichnen.

Lord John Russell verhehlt die Ueberraschung nicht, die ihm die Erklärung des Fürsten Gortschakoff verursacht hat. — Die Rußland übertragene Initiative hatte keinen andern Zweck, als ihm Gelegenheit zu bieten, seiner Ehre entsprechende Vorschläge zu machen. Die Geschichte bietet mehr als ein Beispiel großer und glorreicher Souveräne, die in eine Beschränkung ihrer Souveränitätsrechte im eigenen Lande willigten, weil sie von dem Wunsche besetzt waren, dem Blutvergießen durch einen Friedensvertrag ein Ende zu machen, oder einem Bruche und den daraus entstehenden Kriegssübeln vorzubeugen. Er zitiert Ludwig XIV., der in die Demolirung von Dünkirchen willigte, und verschiedene andere Beispiele, entschl

den zwischen Großbritannien und Frankreich und zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten beabsichtigt, die Vermeidung des Krieges abgeschlossenen Verträgen. Er hatte gehofft, Rußland werde aus eigenem Antriebe und zur Erleichterung der Wiederherstellung des Friedens diesen Zweck beabsichtigende Vorschläge machen. Nachdem es der Hof von St. Petersburg abgelehnt hat, die Initiative in dieser Hinsicht zu ergreifen, sind die Chancen des Erfolges der Unterhandlungen nach seiner Ansicht sehr vermindert.

Fürst Gortschakoff antwortet, daß sich eine Macht ersten Ranges wohl nicht eher Beschränkungen von der Art gefallen läßt, auf die Lord John Russell angespielt habe, als sie nicht eine lange Reihe von Unfällen erfahren hat; das Beispiel Dänemarks könne in keiner Weise auf die gegenwärtige Lage Rußlands angewendet werden. Was die Friedenschancen anbelangt, die nach Lord John Russell angenommen haben, so bittet er ihn, zu erwägen, daß Rußland nur ein Prinzip außer Diskussion gestellt habe, während es jedoch bereit sei, alle außerhalb dieses Prinzips vorgeschlagenen Lösungsmodalitäten zu prüfen.

Herr Drouin de Lhuys spricht den Wunsch aus, die Fragen der Würde, wenn möglich, bei Seite zu lassen. Von dem Augenblicke an, in welchem eine Stipulation durch gegenseitige Zustimmung sanktioniert ist, könnte Niemand behaupten, daß die Souveränität beleidigt und in Folge dessen die Ehre verletzt sei. Rußland selbst ist, als es im Laufe der Unterhandlung in die Beschränkung gewisser Rechte, z. B. auf den Donauinseln, willigte, nur auf vollkommen ehrenhafte Vorschläge eingegangen.

Fürst Gortschakoff gibt zu, daß die Ehre gewahrt sei, sobald gegenseitige Zustimmung vorliege. In solcher Weise hat Rußland hinsichtlich der Konvention geurtheilt, frei in die auf die Donau bezüglichen Stipulationen einzuwilligen. Ein anderes Verwundt habe es bezüglich der Beschränkung seiner Streitkräfte im schwarzen Meere. Er gedenkt jedoch nicht, die Prüfung jedes an das Prinzip der Beschränkung sich knüpfenden Vorschlages peremptorisch auszusprechen, behält sich aber die Verweigerung seiner Zustimmung vor.

Graf Westmorland spricht die Hoffnung aus, daß Prinzip gegenseitiger Konvention zwischen Uferstaaten werde von den russischen Bevollmächtigten nicht ausgeschlossen werden. Er empfindet übrigens den peinlichen Eindruck mit, den die Aufnahme, welche das Cabinet von St. Petersburg dem Vorschlag die Initiative zu ergreifen widerfahren lassen zu müssen glaubte, auf die andern Bevollmächtigten gemacht hat.

Nali Pascha schließt sich der Ansicht des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs an, daß es in der neuen Phase, in welche die Frage in Folge der Erklärung der russischen Bevollmächtigten getreten sei, wichtig wäre, im vorhinein die ihnen zu machenden Vorschläge zu kombinieren; er könne nicht begreifen, in welcher Weise man sich definitiv verständigen könne, wenn jeder der Bevollmächtigten zur Konferenz einen ohne vorläufiges Einverständnis formulierten Arrangementsplan mitbringen würde; dieser Modus erscheine ihm überdies den gegenseitigen, zwischen den verbündeten Mächten bestehenden Verpflichtungen widersprechend. Er fügt jedoch hinzu, daß, nach seiner Ansicht, die Beschränkung der See-Streitkräfte im schwarzen Meere die einzige ausführbare und für alle Welt ehrenhafte Lösungsmodalität darbreite.

Herr Freiherr v. Prokesch stellt fest, daß, nachdem die verbündeten Mächte sich über die vier Grundlagen der Unterhandlung verständigt hätten, für sie nichts logischer sei, als sich ebenfalls über deren Anwendung zu verständigen.

Graf Buol theilt das von den Bevollmächtigten Frankreichs und Großbritanniens ausgesprochene Bedauern, daß die Antwort des Cabinets von St. Petersburg nicht solcher Art gewesen sei, um als Ausgangspunkt weiterer Unterhandlungen dienen zu können. Es wäre sein Wunsch gewesen, daß der kaiserlich russische Hof nicht bloß die Absichten, welche das Anerbieten der Initiative veranlaßten, gewürdigt, sondern auch die Erleichterungen gründlich erwogen hätte, welche er durch das Betreten dieses Weges zum Gelingen der Unterhandlungen gegeben haben würde. Was das vom Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs vorgeschlagene Einverständnis betreffe, so ist es in den Augen des Grafen Buol nur eine natürliche Konsequenz der Gesamtheit der Sachlage, so wie dies jetzt mit Nutzen verfolgten Ganges. Ohne mit einem feindlichen Charakter gegen wen immer bekleidet zu sein, wird es die Beschränkung und Erleichterung der Unterhandlungen zur Folge haben.

Es entspinnt sich zwischen den Bevollmächtigten Rußlands einerseits und denen Oesterreichs und Frankreichs andererseits eine Diskussion über die Frage, zu wissen, ob das vorläufige Einverständnis zwischen den vier Verbündeten mit dem nach der Behauptung des

Fürsten Gortschakoff in den vorbereitenden Konferenzen aufgestellten Prinzip im Widerspruch stehe oder nicht, einem Prinzip, dem zu Folge die Bevollmächtigten, nachdem sie die Uebereinstimmung ihrer Gedanken über die Friedensgrundlagen zusammen konstatierten, individuell ihre vollständige Freiheit der Auslegung bezüglich der Entwicklung dieser Grundlagen bewahrt hätten.

Indem Herr Drouin de Lhuys aus dem Vertrag vom 2. Dezember beweist, daß die Verbündeten die gegenseitige Verpflichtung übernommen haben, auf kein Arrangement mit Rußland ohne vorläufige gemeinsame Berathung einzugehen, und daß demnach nichts einfacher ist, als einerseits den Verbündeten als einer Kollektiv-Person und andererseits Rußland in der Unterhandlung zu begegnen, hebt Fürst Gortschakoff, ohne sich das Faktum der Allianz verhehlen zu wollen, den Unterschied hervor, der zwischen einer kriegsführenden und jener Macht obwaltet, die zwar mit den Kriegsführenden verbündet, aber nicht selbst im Kriegszustande ist. Er stellt fest, daß zur Zeit des Abschlusses des Vertrages vom 2. Dezember, der die Aufstellung der Grundlagen des Friedens zum Zwecke hatte, ihre Auslegung noch nicht bestimmt gewesen, ganz so wie Oesterreich für den Fall der Nichtwiederherstellung des Friedens die Freiheit behalten hat, zu beurtheilen, welche von den Mächten ihn verhindert hätte.

Baron v. Bourqueney will nicht bestreiten, daß jeder der Bevollmächtigten hier bei der Theilnahme an den Berathungen der Konferenz seine geistige Freiheit behält; es ist jedoch eine strenge Konsequenz des Vertrages vom 2. Dezember, daß die Verbündeten einen gemeinsamen Gedanken gegenüber dem gemeinsamen Gegner zur Geltung zu bringen suchen.

Indem Herr v. Titoff dagegen protestirt, daß Rußland der Gegner Oesterreichs ist, behauptet er, daß der vorgeschlagene Weg nicht nur eine Konferenz neben der allgemeinen Konferenz konstituieren, sondern auch vom praktischen Gesichtspunkte aus bedauerliche Verzögerungen mit sich führen würde.

Herr Drouin de Lhuys versetzt, daß das von ihm vorgeschlagene vorläufige Einverständnis weder eine neue, noch illegitime Thatsache ist. Frankreich fordere von Rechts wegen dieses Einverständnis von seinen Allirten; er werde seinerseits nur im dem entgegengesetzten System Beweggründe der Verzögerung erblicken; endlich müßten die Verbündeten, weil sie in Erwartung der russischen Vorschläge ihrerseits keine formuliert hätten, sich wohl jetzt in gemeinsamer Uebereinkunft und ohne die mindeste Verzögerung damit beschäftigen.

Graf v. Buol stimmte dem Vorschlag des Herrn Drouin de Lhuys bei, sowohl vom Standpunkte des Prinzips aus, als in Anbetracht des praktischen Vortheils, den seine Anwendung darbiete, ein Vortheil, der bereits durch den bei der Erörterung der zwei ersten Punkte, ohne Präjudiz für die Freiheit irgend einer Meinung verfolgten Gang bewiesen worden sei.

Auf die Bemerkung des Herrn v. Titoff, daß die Initiative der hohen Pforte ihm im Grunde besser als jede andere der Natur der Dinge und den Anforderungen der Situation zu entsprechen scheine, sagte Herr Drouin de Lhuys, daß es den Verbündeten am Herzen liege, dieser Initiative in dem vorläufigen, zwischen ihnen zu pflegenden Einverständnis volle Rechnung zu tragen.

Die Herren Bevollmächtigten behielten sich vor, weiter bezüglich des Tages überein zu kommen, an welchem sie neuerdings in Konferenz zusammentreten würden.

(Folgen die Unterschriften.)

(Fortsetzung folgt.)

Vom südöstlichen Kriegsschauplatze.

Einem Briefe der „Militärischen Zeitung“ aus Borna, 16. Mai, entnehmen wir Folgendes:

„Die Ausschiffung der piemontesischen Hilfs- und der französischen Reservetruppen geht zwar nicht so schnell vor sich, wie es der neuernannte französische Generalissimus Pelissier wünscht, sie dürfte aber bis 28. d. M. beendet sein. Die Pfingstfeiertage wird die „Balaklava-Armee“ aller Wahrscheinlichkeit nach in Waffenruhe zubringen. Aber dann geht es los. Es kann als gewiß gelten, daß nur die Korpskommandanten und Admirale den von Paris und London an die pontischen Feldherren abtelegraphirten Kriegsplan kennen und berathen haben. Der Obergeneral Canrobert hat Bedenken getragen, diesem Plane seine Zustimmung zu geben; die englisch-französischen Genieoffiziere haben ihm mit dem elf Tage andauernden Bombardement einen fatalen Streich gespielt; sie sprachen von Zerstörung Sebastopols, von Breschen und Sturmcolonnen, und am eifrigsten Tage befand sich General Canrobert wie am 9. April auf demselben Platze. Auch nicht ein einziges größeres Fort wurde zerstört oder erobert. Die Fortsetzung der Infanterie und der an den Wasser-

scheiden (Anhöhen) Belleg und Alma situirten Schanzen dürfte gleichfalls kein leichtes Spiel sein. Diese russischen Positionen von 3 Seiten, nämlich von Jassa, Balaklava und Eupatoria aus anzugreifen, scheinen die Allirten aufgegeben zu haben.

Von Eupatoria aus soll aber eine Bewegung stattfinden; zu dem 8000 Mann starken türkischen Kavallerie-Detachement würden 8000 andere Reiter stoßen; es sind dort bereits mehrere Tausend Trainpferde; zwei Divisionen französischer Truppen könnten binnen 24 Stunden dahin geworfen werden; mit 70.000 Mann könnte dann gegen Simpheropol oder gegen das Almalager vorgegangen werden, um die Russen aus diesen Schwerpunkten zu heben. Es könnte sich aber auch ereignen, daß von Eupatoria und Balaklava aus nur eine Division erfolgt und daß sich die mit 30.000 Mann Landtruppen besetzte Flotte plötzlich auf einen andern strategisch wichtigen Punkt wirt, um den Russen in die Flanke oder in den Rücken zu fallen. Doch dieß Alles sind Vermuthungen; als im vorigen Jahre die Expedition nach der Krim absegelte, wußten nicht einmal die Divisions-Generale die eigentliche Bestimmung, und so ist es auch heuer.

Der Gesundheitszustand der Truppen in der Krim ist zwar ein befriedigender, nicht so in Konstantinopel, wo Cholera und Typhus Ernte halten und auch eine der Ursachen sind, daß das Lager in Mas-laf geräumt wurde.

Einige Blätter sprechen von einer See-Expedition in das azow'sche Meer; die Meerengen von Kertsch und Jenikale sind wegen der dort versenkten Schiffe und sehr zahlreichen Strandbatterien für Kriegsschiffe aber nicht praktikabel und die Russen übrigens auf ihrer Hut.“

Aus Simpheropol liegt der „Mil. Ztg.“ eine Mittheilung vom 8. d. M. vor, in welcher es heißt: „Der von hier nach Kiew geführte Telegraph dürfte am 27. Mai eröffnet und dadurch die Möglichkeit erreicht werden, daß Nachrichten aus der Krim nach Wien und Berlin in wenigen Stunden zur Kenntniß kommen. Nach einer amtlich gepflogenen Erhebung hat sich die tatarische Bevölkerung aus nicht weniger als 260 Aul den Allirten angeschlossen und die Sache Rußlands verrathen. Der Kaiser hat nun verordnet, daß nach beendeten Kriege diese verlassen Aul den griechischen Freiwilligen als Belohnung zugewiesen werden sollen. — General Wagner ist bedeutend erkrankt.“

Laibach, 26. Mai.*)

Vorigen Dienstag, den 22. Mai fand hier die feierliche Eröffnung der neuerrichteten evangelischen Schule statt. Die Gemeinde versammelte sich zu dieser Feier in der Kirche, wo auch der Herr Statthalter Graf Chorinsky, Herr Hofrath Graf Hohenwart, Hr. Polizeidirektor u. Regierungsrath Strobach, Herr Schulrath Dr. Močnik, Herr Medizinalrath v. Nagy, Herr Magistratsrath Ambrosch, Herr Rechnungsrath bei der Landesbaudirektion Fr. Leyrer, welche die Feier mit ihrer Gegenwart beehrten, und ein zahlreiches Publikum sich einfanden. — Nachdem die der neuen Schule angehörigen Kinder in die Kirche geführt worden waren, sprach Herr Pfarrer Th. Elze ein Gebet und, in Anbetracht an Christi Wort, Matth. 18, 10., eine Rede über die Achtung, die wir den Kindern schuldig sind, worauf sich die ganze Versammlung unter dem Vortritt der Kinder in die eben so freundlichen, als geräumigen Lokalitäten, der an die evangelische Kirche unmittelbar angebauten Schule begab. In dem großen, zu diesem Feste umfacht, aber nett geschmückten Schulzimmer eröffnete sodann Hr. Hochwürden Herr Pfarrer Fr. Bauer aus Treßdorf und Senior der evangelischen Gemeinden in Kärnten, als Schuldistriktsaufseher, die neue Schule mit einer längeren, herzlichen und eindringlichen Rede über Zweck, Werth und Nothwendigkeit der Schule. Als er geendet, hielt noch der erste Lehrer der neuen Schule, Herr theol. cand. R. A. Nebus, einen angemessenen Vortrag über die Aufgabe der Schule, und zum Beschluß erteilte Herr Senior Bauer Hochw. den Kindern und allen Anwesenden den Segen.

Herr Statthalter Graf Chorinsky versicherte in wenigen, aber bewegten Worten der neuen Anstalt sein Wohlwollen und seine fürsorgliche Theilnahme, und nahm dann die sämtlichen Räume des neuerrichteten Pfarr- und Schulhauses in Augenschein; bei seinem Weggange hatten sich die Schulkinder vor dem Hause ehrerbietig aufgestellt. — Den Schulkinder war von dem Vorsteher der Gemeinde, Herr G. Fischer, Nachmittags ein kleines Fest bereitet, und am Abend versammelte sich die Gemeinde mit einigen ihrer Gäste zu einer beitem geistlichen Zusammenkunft, womit dieses schöne Fest schloß.

*) Zufällig verspätet.

Oesterreich.

Wien, 25. Mai. Der k. englische Gesandte Lord Westmoreland und der kaiserlich französische Gesandte Baron v. Bourqueney hatten vorgestern Vormittag eine mehrstündige Besprechung mit dem Herrn Minister des Aeußern, Grafen Buol-Schauenstein, im Ministerium des Aeußern.

Die Besserung des kaiserlich russischen Gesandten Fürsten v. Gortschakoff ist so weit vorgeschritten, daß die Ausgabe der Berichte gestern geschlossen wurde.

Wien, 26. Mai. Die „Allg. Ztg.“ veröffentlicht den Text eines vom 9. d. M. datirten Rundschreibens des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Walewski an die französischen Gesandtschaften. Das Wiener Kabinet habe nach Vertagung der Konferenzen unter Rundgebung seines festen Entschlusses, die Allianz vom 2. Dezember aufrecht zu halten, den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens neue Vorschläge über den dritten Punkt unterbreitet. Die Kabinete von Paris und London hätten sich nicht in der Lage befunden, diesen Vorschlägen ihre Zustimmung zu ertheilen, da die von Oesterreich beantragte „Auslegung der dritten Garantie weder ihrer Erwartung noch dem Maß der von ihnen gebrachten Opfer entsprach.“ Die Allianz vom 2. Dezember sei demungeachtet nicht in Frage gestellt; im Gegentheil sei es der Wunsch der Regierung des Kaisers und der Regierung Ihrer großbritannischen Majestät, sie zu befestigen und weiter zu entwickeln, und man könne darüber in Wien nicht im Zweifel sein. Wenn die Situation eine Aenderung erlitten habe, so komme das nur daher, weil die Bevollmächtigten Rußlands, nachdem sie anfangs die dritte Garantie im Prinzip angenommen, in der Folge sich geweigert hätten, deren praktische Konsequenzen anzuerkennen.

* Das k. k. Handelsministerium ist auf die von der hiesigen Handels- und Gewerbekammer bevorwortete Ermäßigung der Eisenbahnfracht für steierische Steinkohlen von $\frac{3}{4}$ auf $\frac{1}{2}$ fr. pr. Zentner und Meile nicht eingegangen, weil der Betriebsaufwand für eine der schwierigsten Gebirgsbahnen, zu welchen die Strecke von Würzzuschlag bis Gloggnitz gehört, eine weitere Ermäßigung des mit $\frac{3}{4}$ fr. ohnehin billigt bemessenen Frachtpreises für Steinkohlen nicht gestatte.

Aus Pettau, 22. Mai wird der „Graz. Ztg.“ geschrieben:

Ueber die gestern hier stattgehabte Versammlung und Verathung, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Großkainisch nach Marburg, theile ich Ihnen folgende gedrängte Skizze der Debatten mit:

Nachdem von Seite der Pettauener Comitémitglieder über erlangte Ermächtigung alle jene Korporationen, Kommunen und großen Grundbesitzer in Steiermark, die an der Ausführung der fraglichen Bahn Interesse finden dürften, zu dieser Sitzung eingeladen waren, erschienen zu selber die Vertreter der Stadt Großkainisch mit dem dortigen Hrn. Stadtrichter Karl v. Szep, zugleich Präses des Comité's, von Czakathurn und Friedau, von Warasdin mit dem Hrn. Grafen v. Bombelles, von Pettau mit dem Hrn. Bürgermeister Dengg, von Marburg mit dem Hrn. Bürgermeister Reiser, die Vertreter der Herren Stände Steiermarks, der Handelskammer in Graz und zum Theil jene der großen steierischen Grundbesitzer.

Der Hr. Bürgermeister von Pettau begrüßte im Namen der Stadt die anwesende Versammlung mit einer kurzen und kräftigen Anekdote, worauf der Hr. Präses v. Szep die Sitzung, wobei der k. k. Herr Bezirkshauptmann Greistörfer als landesfürstl. Kommissär fungirte, für eröffnet erklärte. Den Beginn der Verhandlungen machten die Comitémitglieder von Warasdin mit einem Referate über ihre eifrige Thätigkeit seit der am 16. Jänner d. J. in Großkainisch abgehaltenen ersten Versammlung. Das Resultat ging dahin, daß sowohl die Stadt Warasdin, als auch alle großen Grundbesitzer und Landgemeinden Kroatiens sich sehr opferwillig zeigen und es so nach in diesem Lande — den gepflogenen Erhebungen zufolge — an freiwilligen Beiträgen durch Grundabtretungen, Materiallieferungen etc. nicht mangeln werde. Der Bericht wurde dankbar angenommen und den Warasdiner Committenten der Dank des Comité's ausgesprochen.

Hierauf referirten die Pettauener Comitémitglieder über ihre bisherige Thätigkeit und überreichten die eingelassenen bezüglichen Korrespondenzen an den Hrn. Präses, wofür ihnen gleichfalls Dank dargebracht wurde.

Der Hr. Präses erklärte sodann den eigentlichen Zweck der Versammlung und bat die steiermärkischen Mitglieder derselben, sich auszusprechen, was ihre Vollmachtgeber — dem Beispiele von Ungarn und Kroa-

tien folgend — an freiwilligen Beiträgen zu leisten sich anheischig machen wollen.

In dieser Frage wurde von mehreren Anwesenden die gänzliche Verschiedenheit der territorialen Verhältnisse in der Steiermark von denen in Ungarn und Kroatien bezüglich des großen und kleinen Grundbesitzes beleuchtet und versichert, daß dieses Unternehmen von allen Seiten gefördert und nach Möglichkeit unterstützt werden wird.

Da aber, ehe sich die Grundbesitzer zu Beiträgen erklären können, immer noch die Hauptfrage gelöst werden muß, nämlich jene: welche Linie die Bahn eigentlich nehmen soll? so wandte man sich dieser zu. Sie wurde von Seite des Comité's dahin beantwortet, daß in Folge der von Sr. Majestät erfolgten Bewilligung zur Erbauung von Privatbahnen von der k. k. Staatsdruckerei auch eine Generalkarte über sämtliche österr. Bahnlinsen herausgegeben wurde, welche eine zweimalige Ueberbrückung des Drau- und einmalige Ueberbrückung des Murflusses zeigt, und auf deren Grundlagen eine vorliegende Spezialkarte entworfen wurde. Nach dieser berührt die fragliche Großkainisch-Marburger-Bahn Czakathurn, Warasdin und Pettau, was auch erfolgen müßte, wenn diese Bahn rentabel werden soll. Es komme nämlich bei der Anlage von Eisenbahnen nicht auf die Kosten des Baues, die Länge der Linie oder technische Schwierigkeiten an, welche zu beseitigen sind; der Bau der Bahn ist nur ein Mal auszuführen, aber nicht selten können die vorübergehenden billigeren Baukosten dem bleibenden Betrieb unberechenbare Nachtheile zuziehen. Die Bahn würde in der angedeuteten Richtung die bevölkersten Städte und Ortschaften, dann die produktiven und gewerbereichsten Gegenden berühren und drei Kronländer verbinden, wodurch der altherkömmlichen natürlichen Richtung des Handels volle Rechnung getragen und die strategischen Rücksichten der hohen Regierung genau beobachtet werden würden. Das Comité habe also mit seinem Entschien keine andere Linie als diese in kommerzieller, strategischer und finanzieller Hinsicht günstigste im Auge gehabt und auch verfolgt.

Wo aber die Bahn ihren Lauf zu nehmen habe, um diese 5 wichtigen Städte zu verbinden, dieß bleibe den Technikern zur Ermittlung überlassen, weshalb vor allem andern für die Aufbringung der Tracirungskosten von beiläufig 20.000 fl. und insbesondere für einen von den 4 Städten, Kainisch, Warasdin, Pettau und Marburg zu gründenden kleinen Fond zur Beistellung der laufenden Kanzlei-Auslagen, Kommissionskosten, Reisepfeisen etc. zu sorgen wäre. Kainisch hat für diesen Zweck bereits 600 fl. in die Comitékasse eingelegt.

Warasdin und Pettau erklärten sich zu entsprechenden Beiträgen bereit.

Weiters wurde besprochen, aus den Comitémitgliedern der 5 berührten Städte eine Deputation zusammen zu setzen, um die bereits vom Comité in Großkainisch an das hohe k. k. Handelsministerium eingereichten bezüglichen Gesuche mündlich zu unterstützen, was angenommen wurde. Die Deputation wird sich in Folge dessen Ende dieses Monats nach Wien begeben.

In Bezug auf die Beitragsleistungen erklärte der Hr. Vertreter Sr. Erz. des Hrn. Grafen Ignaz v. Attems, daß sein Hr. Vollmachtgeber, bei seiner bekannten Hochherzigkeit, wo es sich um das Wohl der Steiermark handelt, nicht abgeneigt sei, einen Beitrag zu leisten, wenn ermittelt sein wird, in wie ferne diese Bahnlinie seine Güter berühre.

Hr. Ritter v. Friedau hat seine Opferbereitschaft schriftlich erklärt.

In Bezug auf die Ermittlung des Fonds zum Bau der Bahn selbst, die approximativ auf 8 bis 9 Millionen Gulden veranschlagt wird, wurden von Seite des Comité's Entwürfe vorgelegt, welche die Erbauung der Bahn durch Ausgabe von Aktien mit einem Lotteriespiel, als sehr einladend, rentabel und sowohl für die Aktionäre als die Bahngesellschaft vorthellhaft erscheinen lassen. Sie werden im engern Kreise verathen werden.

Nachdem der Hr. Präses dem Hrn. Bürgermeister von Pettau für die zuvorkommende gastliche Aufnahme der Versammlung den Dank ausgesprochen, wurde die Sitzung geschlossen.

Telegraphische Depeschen.

* Paris, 26. Mai. Der „Moniteur“ bringt folgenden Bericht des Generals Pelissier:

„Der Feind hatte am 23. d. Mts. zwischen der Zentralbastion und dem Meere einen Waffenplatz errichtet, um Ausfälle von demselben aus zu unternehmen. In der verfloßenen Nacht wurde dagegen ein Angriff unternommen, der Feind vertheidigte beinahe mit seiner gesamten Garnison das

„Werk. Der Kampf währte die Nacht hindurch. Die Hälfte des Werkes ward am 23. d. genommen. In der Nacht des 24. d. ward der Rest desselben erobert. Der Feind, der in der verfloßenen Nacht große Verluste erlitten hatte, wich dießmal leichter. Auch unsere Verluste sind empfindlich.“

Außerdem bringt noch der „Moniteur“ ein Rundschreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen von Walewski, als Antwort auf das bekannte Zirkulare des Grafen Nesselrode, welches erstens vom 23. d. M. datirt ist und im Wesentlichen Folgendes enthält: „Frankreich habe bis zum offiziellen Schlusse der Konferenzen schweigen wollen, es müsse indeß die Aufstellungen des Grafen Nesselrode berichtigen. Frankreich und England mochten glauben, daß Rußland, indem es die Eröffnung der Konferenzen wünschte, gewonnen sei, sein Uebergewicht im schwarzen Meere zu opfern. Das französische Kabinet halte nicht für nöthig, die offenbar gemäßigten Begehren des Westens in dieser Beziehung zu recht fertigen.“ Es werden nunmehr in dem in Rede stehenden Aktenstücke die Interessen Europa's im schwarzen Meere, denen der russische Doppelantrag keinesfalls entsprochen habe, beleuchtet. Der Schluß lautet: „Der Westen ist daher für den Krieg nicht verantwortlich. Frankreich und England sind nicht, wie gesagt worden ist, unverzöhnlich, niemals wollten sie Rußland einen unehrenhaften Frieden auflegen, allein in die Nothwendigkeit weiset ihnen ihre Rolle an, welche sie mit Hilfe der Vorsehung durchführen werden. Das in seinen Grundlagen wieder befestigte Europa wird ihnen Dank dafür wissen, wenn sie einen Einfluß, der die Spähre einer berechtigten Wirksamkeit überschreitet, in seine natürlichen Schranken einschließen.“

(Oest. Kor.)

London, 24. Mai. Mehrere liberale Meetingredner waren bei Lord Palmerston. Dieser entwickelte eine Politik, welche von ihnen einstimmig gebilligt wurde. Der „Globe“ hält eine ministerielle Niederlage bei der bevorstehenden Parlamentsdebatte für unwahrscheinlich.

London, 24. Mai. (Unterseeisch). Nachsichtigung. Lord Palmerston sagte: Das österreichische Kriegsgericht in den Fürstenthümern bestrebe bloß gegen Truppenverführer. D'Israeli verdammt die Politik einer Kriegführung, der gleichzeitig Unterhandlungen zur Seite geben. Heathcot, Granby, Phillimore und Gladstone empfehlen Frieden, basirt auf Rußlands Vorschlägen. Lord Russell spricht dagegen kriegerisch; Sebastopols Einnahme und die Zerstörung der russischen Flotte seien unerlässlich gegen Rußlands Uebergriffe. Die Debatte wird auf morgen vertagt.

* London, Freitag. (Unterseeisch). Unterhaus. In Fortsetzung der gestrigen Debatte über die Kriegs- und Friedensfrage erklärt Lord Palmerston, die Wiener Konferenzen würden nicht erneuert werden; England's Vertreter könne ihnen ohne erneuerte Instruktionen nicht beizuwohnen.

— Schiffskapitän Mastitsch meldet v. 22. Mai: In den Donaustationen bei Gallatz ankern 360 Getreideschiffe; das Wetter ist noch immer stürmisch und regnerisch. Bis zum 21. d. ist vor Sebastopol nichts Neues vorgefallen. Die Eröffnung der Feindseligkeiten im Felde ist für den 28. d. bestimmt.

— Eine der k. „Wiener Ztg.“ mitgetheilte telegraphische Depesche aus Warschau, 12. (24.) Mai besagt:

Fürst Gortschakoff berichtet vom 8. (20.) d. M.: Vom 2. (14.) bis 7. (19.) ist vor Sebastopol nichts geschehen; von der einen und andern Seite war das Feuer schwach, unsere Verluste waren mäßig. Wir wie die Belagerer arbeiteten vorzugsweise an der Errichtung neuer Batterien und der Ausbesserung der alten. Scharmügel von geringerer Bedeutung fanden an verschiedenen Punkten vor unsern Befestigungen Statt. Die unterirdischen Arbeiten vor der Bastion Nr. 4 wurden ohne erhebliches Resultat fortgesetzt. Nach Aussagen eines sardnischen Gefangenen hat sich General La Marmora an der Spitze von 15.000 Mann mit der Belagerungs-Armee vereinigt. Die türkischen Truppen, der sich hier befanden, haben sich nach Eupatoria eingeschifft.

* Triest, 26. Mai. Wochenbericht. Kolonialwaren unverändert. Baumwolle, lebhafter Umsatz; 4350 Ballen Umsatz zu steigenden Preisen. Weizen, in Folge Ernteaussichten in Italien, der Bestellungen für England und mehrerer Spekulationskäufe lebhaft und höher; andere Getreidesorten fest. Woll steigend. Del, rückgängig. Seide wegen miltischen Ganges der Kampenzucht sehr beachtet, etwas höher. Spiritus, geringer Umsatz, schwach behauptet. Seit 3 Tagen warmes schönes Wetter.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht.

aus dem Abendblatte der österr. kais. Wiener-Zeitung.

Wien 25. Mai 1855, Mittags 1 Uhr.

Die Effekten-Kurse zeigten sich durchgehend matter; der Unterschied gegen gestern war übrigens nicht bedeutend, ungeachtet die Centremine eine ziemlich lebhaftere Thätigkeit entwickelte. Der reelle Verkehr war höchst unbedeutend.

5% Metall. wichen von 80 bis 79 1/2.

National-Anleihen von 84 1/2 bis 84.

1854er Lose von 101 1/2 bis 101.

Nordbahn-Aktien von 189 1/2 bis 189.

Staatsbahn-Aktien von 312 1/2 bis 311 1/2.

Wechsel und Valuten stellten sich ein wenig fester.

Amsterdam — Augsburg 127. — Frankfurt 126 1/2. —

Hamburg 92 1/2. — Livorno — — London 12.20. — Mail-

land 126 1/2. — Paris 147 1/2.

Staatsanleiheverschreibungen zu 5% 79 1/2 — 79 1/2

detto 4 1/2% 69 1/2 — 69 1/2

detto 4% 62 1/2 — 62 1/2

detto 3% 48 1/2 — 49

detto 2 1/2% 39 1/2 — 39 1/2

detto 1% 16 — 16 1/2

detto S. B. 5% 95 — 96

National-Anleihen 5% 84 1/2 — 84 1/2

Lombard. Venet. Anleihen 5% 102 — 103

Grundentlast.-Oblig. N. Oester. zu 5% 79 — 79 1/2

detto anderer Kronländer 5% 71 — 76

Gloggnitzer Oblig. m. R. zu 5% 91 1/2 — 92

Dedenburger detto 5% 90 1/2 — 90 1/2

Penker detto 4% 91 1/2 — 91 1/2

Mailänder detto 4% 90 1/2 — 90 1/2

Lotterie-Anleihen vom Jahre 1834 219 — 219 1/2

detto 1839 116 1/2 — 117

detto 1854 101 1/2 — 101 1/2

Banco-Obligationen zu 2 1/2% 57 1/2 — 58

Bank-Aktien pr. Stück 988 — 990

detto ohne Bezug — —

detto neuer Emissionen 87 1/2 — 88

Escomptebank-Aktien

Aktien der k. k. priv. österr. Staats-

Eisenbahngesellschaft zu 200 fl. 311 1/2 — 311 1/2

oder 500 fr. 110 1/2 — 110 1/2

Wien-Kraiser Aktien (zur Konvertirung

angemeldet) 189 1/2 — 189 1/2

Nordbahn-Aktien 243 — 245

Budweis-Linz-Gmundner 20 — 25

Preßburg-Tyren. Eisenb. 1. Emission 30 — 35

detto 2. " mit Priorit. — —

Dedenburg-Wien-Neuländer 520 — 522

Dampfschiff-Aktien 515 — 517

detto 12. Emission 500 — 501

detto des Lloyd 128 — 129

Wiener-Dampfschiff-Aktien 55 — 60

Reither Kettenbrücken-Aktien 94 — 94 1/2

Lloyd Prior. Oblig. (in Silber) 5% 86 — 86 1/2

Nordbahn detto 5% 77 — 78

Gloggnitzer detto 5% 83 — 83 1/2

Donau-Dampfschiff-Oblig. 5% 13 — 13 1/2

Como-Montesina 81 1/2 — 81 1/2

Stieritz 40 fl. Lose 29 1/2 — 29 1/2

Windischgrätz-Lose 29 — 29 1/2

Waldstein'sche " 10 — 10 1/2

Regelwisch'sche " 31 1/2 — 32

R. k. vollwichtige Dukaten-Agio

Telegraphischer Kurs-Bericht

der Staatspapiere vom 26. Mai 1855.

Staatsanleiheverschreibungen zu 5 pCt. fl. in G.M. 79 3/4

detto aus der National-Anleihe zu 5% fl. in G.M. 84 9/16

detto " 4 1/2 " " 69 1/2

detto " 4 " " 62 7/8

Darlehen mit Verlosung v. J. 1854, für 100 fl. 101 7/8

Aktien der k. k. priv. österr. Staatsbahn-

gesellschaft zu 200 fl. v. B. oder 500 fr. 311 fl. v. B.

Grundentlast.-Obligat. anderer Kronländer zu 5% 73

Bank-Aktien pr. Stück 988 fl. in G. M.

Aktien der Niederösterr. Escompte-

gesellschaft pr. Stück zu 500 fl. 438 3/4 fl. in G. M.

Aktien der Budweis-Linz-Gmundner Bahn

zu 250 fl. G. M. 242 1/2 fl. in G. M.

Wechsel-Kurs vom 26. Mai 1855.

Amsterdam, für 100 Holland. Gulden, 104 1/4 Bf. 2 Monat.

Augsburg, für 100 Gulden Cur. Gulden. 127 1/2

Frankfurt a. M. (für 120 fl. südd. Verz.

eins-Währ. im 24 1/2 fl. Fuß, Gulden.) 126 3 Monat.

Hamburg, für 100 Mark Banco, Gulden 92 1/2 2 Monat.

London, für 1 Pfund Sterling, Gulden 12-18 Bf. kurze Sicht

Mailand, für 300 Oester. Lire, Gulden 126 1/2 Bf. 2 Monat.

Paris, für 300 Franken " Gulden 147 Bf. 2 Monat.

R. k. vollw. Münz-Ducaten " 32 3/8 pr. Cent. Agio

Gold- und Silber-Kurse vom 24. Mai 1855.

Kais. Münz-Dukaten Agio Brief. Geld. 31 5/8

detto Rand- detto " 31 1/8

Napoleons'or " 9.59 9.59

Souverains'or " 17.15 17.12

Friedrichs'or " 10. 10.

Preussische " 10.34 10.32

Engl. Sovereigns " 12.28 12.26

Ruß. Imperiale " 10.11 10.10

Doppie " 37 1/4 37 1/4

Silberagio " 28 1/4 28 1/8

3. 288. a (1) Nr. 14.

Konkurs-Verlautbarung.

Bei dem Magistrate der Provinzial Hauptstadt Laibach ist, in Folge des vom 1. Magistratsrathe Herrn Michael Ambrosch überreichten

Bittgesuches um seine Diensteseinhebung, die Stelle des 1. rechtskundigen Magistratsrathes, verbunden mit dem jährlichen Gehalte pr. 1200 fl., zu besetzen.

Die Bewerber um diesen Dienstposten, welcher mit der Pensionfähigkeit nach den für Staatsbeamte bestehenden Vorschriften verbunden ist, müssen zur diesfälligen Geschäftsführung mit den juristischen und politischen Wahlfähigkeitsdekretten versehen, überhaupt in der, für den Eintritt in den Staatsdienst vorgeschriebenen Weise befähigt sein, und haben ihre schriftlichen, gehörig dokumentirten Gesuche binnen 14 Tagen, von der ersten Einschaltung dieser Verlautbarung in das Amtsblatt der Laibacher Zeitung, bei dem Magistrate der Hauptstadt Laibach zu überreichen. Magistrat Laibach am 26. Mai 1855.

3. 286. a (1) Nr. 316.

Bei dem k. k. Landesgerichte in Laibach ist die Stelle eines Akzessisten mit dem jährlichen Gehalte von 350 fl. und dem Vorrückungsrechte in die höhere Gehaltsstufe pr. 400 fl. in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre belegten Gesuche nach Vorschrift des §. 16 des kaiserlichen Patentgesetzes vom 3. Mai 1853, §. 81, R. G. B., binnen 4 Wochen, von dem Tage der dritten Einschaltung dieses Ediktes in die Laibacher Zeitung an gerechnet, dem Präsidium des k. k. Landesgerichtes in Laibach zu überreichen, und darin die allfälligen Verwandtschafts-

3. 651. (8)

Sehr beachtenswerthe privilegierte Erfindung.

Hydraulischer Faßspund.

- I. Zur Verhütung des Sauerwerdens und Verderbens aller geistigen Flüssigkeiten, die im Kopfen lausen, als Weine, Biere, Branntweine, Obstmoste, Essige etc., sowie
- II. zur Vermeidung des Verfliegens des Aroma's und der geistigen Kräfte beim Gährungsprozeß der Wein- und Obstmoste, und
- III. als sichere Controle gegen Verfälschung durch Anfüllen mit Wasser, zufolge einer Veruntreuung, — Vermeidung des Abziehens in Flaschen.

Preis loco Laibach 1 fl.

Bei Abnahme von 60 Stück wird ein Escompte bewilligt. — Briefe, Einsendung von Geldbeträgen portofrei. — Die Bestellungen sind bei den Unterzeichneten zu machen.

Thomschitz & Kham.

Brot- und Fleisch-Tariff für die Stadt Laibach

für den Monat Juni 1855.

Gattung der Feilschaft	Gewichte				Preis	Gattung der Feilschaft	Gewichte				Preis
	des Gebäckes						der Fleischgattung				
	fl.	lth.	Q ^{ts}	kr.			fl.	lth.	Q ^{ts}	kr.	
B r o t.											
Mundsemmel	{	. . .	—	1	1/2	1/2	Rindfleisch ohne Zuwage von Mast-	1	—	—	11
Ordin. Semmel	{	. . .	—	2	1	1/2	Ochsen	1	—	—	10
	{	. . .	—	2	—	1/2	dto von Zugochsen, Stieren u. Kühen	1	—	—	10
	{	. . .	—	4	—	1	Rindfleisch vom Lande	1	—	—	9
Weizen = Brot.	{	aus Mund-	—	6	3	3	Bei einer Fleischabnahme unter 3 Pfund hat keine Zugabe vom Hinterkopfe, Obersäßen, Nieren und den verschiedenen bei der Ausarbeitung sich ergebenden Abfällen von Knochen, Fett und Markt Statt; bei einer Abnahme von 3 bis 5 Pfund dagegen sind die Feilscher berechtigt, hiervon 8 Loth, und bei 5 bis 8 Pfund ein halbes Pfund, und sofort verhältnismäßig zuzuwägen; doch wird ausdrücklich verboten, sich bei dieser Zuwage fremdartiger Fleis theile, als: Kalb-, Schaf-, Schwein- Fleisch u. dgl. zu bedienen.				
	{	Semmelteig	—	13	2	6					
	{	aus ordin.	—	12	—	3					
Kornen = Brot	{	Semmelteig	—	24	—	6	Wer immer eine Feilschaft nicht nach dem angemessenen Preis, Ge wicht, oder in einer schlechteren oder andern Qualität, als durch die Taxe vorgeschrieben ist, verkauft, wird nach den bestehenden Gesetzen unanfechtlich bestraft werden. In welcher Hinsicht auch das laufende Publikum aufgefordert wird, für die in dieser Taxe enthaltenen Feilschaften auf keine Weise mehr, als die Zugung anzeigt, zu bezahlen; jede Ueberschuldung und Bevore theilung aber, welche sich ein Gewerbsmann gegen die Zugung erlauben sollte, gleich dem Magistrate zur gesetzlichen Bestrafung anzuzeigen.				
	{	a. 1/4 Weiz-	—	18	—	3					
	{	sen = u. 3/4	—	1	4	—					
Obstbrot aus Nach-	{	Kornmehl	—	18	3	3					
mehlteig vulgo Sor-	{	. . .	—	18	3	3					
schnitt genannt,	{	. . .	—	1	5	2					

R. R. Lottoziehungen.

In Wien am 23. Mai 1855:

90. 33. 18. 76. 73.

Die nächsten Ziehungen werden am 2. und 16. Juni 1855 in Wien gehalten werden.

In Graz am 23. Mai 1855:

28. 54. 15. 65. 80.

Die nächsten Ziehungen werden am 2. und 16. Juni 1855 in Graz gehalten werden.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 23. Mai 1855.

Ein Wiener Megen	Marktpreise		Magazine-	
	fl.	fr.	fl.	fr.
Weizen	7	50	7	50
Rufurug	4	48	4	50
Halbfrucht	—	—	5	50
Korn	5	20	5	20
Gerste	5	—	4	30
Hirse	—	—	4	40
Seiden	4	28	4	40
Hafer	—	—	2	40